

Dresdner Neueste Nachrichten



Bezugspreise: Bei freier Zustellung ins Haus einsech. Trägertage monatlich 2,00 RM. Halbjahrs 10,00 RM. Postbezug monatlich 2,00 RM. einsech. 45 Pf. Postgebühren (ohne Zustellungsgebühr). Kreuzbandsendungen: Für die Woche 1,00 RM. Einzelnummer 10 Pf., außerhalb Groß-Dresdens 15 Pf.

mit Handels- und Industrie-Zeitung
Schriftleitung, Verlag und Hauptgeschäftsstelle: Dresden-L., Ferdinandsstraße 4

Anzeigen... Familienanzeigen... Nachschuß nach... anzeigen 30 Pf.

Postanschrift: Dresden-L. 1. Postfach • Fernruf: Ortsvertehr Sammelnummer 24601, Fernvertehr 27951-27953 • Teleg.: Neueste Dresden • Berliner Schriftleitung: Berlin W. 35, Postfach 1000 • Fernruf: 9361-9366
Postfach: Dresden 2040 - Nichterlangte Einlieferungen ohne Rücksicht werden weder zurückgeschickt noch aufbewahrt. - Im Falle höherer Gewalt oder Betriebsstörung haben unsere Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Nachlieferung.

Nr. 167 / 43. Jahrgang × Mit der Beilage „Literarische Rundschau“ Sonnabend, 20. Juli 1935

Vor einer Kraftprobe in Paris?

Übertragung der Kirchenangelegenheiten an Minister Kerrl - Ausschlußreiche Aussagen im Siegener Mordprozeß

Wechsel im Berliner Polizeipräsidentium

DNB, Berlin, 19. Juli. (Durch Funkpruch) Der Polizeipräsident von Berlin, Konteradmiral a. D. v. Lesechow, hat dem Reichs- und preussischen Minister des Innern, Dr. Frick, um Entsendung von seinem Amt gebeten. Der Reichs- und preussische Minister des Innern hat bis zur endgültigen Genehmigung durch den Führer und Reichskanzler den Polizeipräsidenten v. Lesechow von seinen Dienstgeschäften entbunden und mit ihrer vorläufigen Wahrnehmung mit sofortiger Wirkung den Polizeipräsidenten von Potsdam, SA-Gruppenführer Graf Helldorf, betraut.

In Verfolg dieser Neuernennung fand Freitagmittag eine Besprechung statt, an der mit Reichsminister Gauleiter Dr. Goebbels der Staatskommissar der Hauptstadt Berlin, Dr. Eipperl, Generalleutnant der Landespolizei, Daluege, der stellvertretende Gauleiter Gröflicher, Polizeipräsident SA-Gruppenführer Helldorf und SA-Gruppenführer Ulland teilnahmen.

In dieser Besprechung wurden die Richtlinien festgestellt, nach denen in Zukunft in planvoller Zusammenarbeit zwischen politischer Gauleitung, SA-Führung, Polizei und Stadtverwaltung der Kampf um die Säuberung der Reichshauptstadt von kommunistischen Zersetzungsversuchen, reaktionären Treibern und bolschewistisch-jüdischer Kumulation weitergeführt werden soll.

Die Besprechung ergab eine vollkommene Übereinstimmung, die die Gewähr bieten wird, daß auch in Zukunft der Charakter der Reichshauptstadt als einer durch die NSDAP. eroberten deutschen und nationalsozialistischen Stadt, die dieses Reichs und Volkes würdig ist, im vollen Umfange gewahrt bleibt. Partei, Polizei und Verwaltung werden es als ihre Ehrenpflicht ansehen, in einträchtigem Zusammenwirken diesem großen Ziele zu dienen.

Frontkämpfereinführung nach England

Das Programm der Deutschlandreise der englischen Frontkämpfer sah am Donnerstag eine Arbeitsbesprechung über die künftige Aufstellung der gegenseitigen Beziehungen vor. Im Namen seines Verbandes lud dabei Major Weidner, Kommandeur der deutschen Kameraden zur Teilnahme an der nächsten Jahresagung der British Legion Pasingen 1936 nach England ein. Die deutschen Frontkämpfer nahmen diese Einladung mit großem Beifall an. In der Zwischenzeit soll eine Englandreise deutscher Frontkämpfer dem Studium des Verorganisationswesens der British Legion und einem eingehenden Meinungsaustausch über die sozialen Einrichtungen dienen. Als besonders wichtig wurde festgestellt, daß die Jugend der Völker im Frontkämpferkreis erziehen werde. Im Hinblick auf den Besuch der Pariser Jubiläumstagung der HJ, mit der die deutsch-englischen Frontkämpfer freundschaftliche Beziehungen halten wollen, wurden Maßnahmen zu einer engeren Verbindung zwischen Frontkämpfern und Jugend vorgezogen. Die Besprechungen zeichneten sich durch den kameradschaftlichen Geist und den herzlichen Ton aus, in dem alle Fragen erörtert wurden.

Kabinettskrisis in Athen

Athen, 19. Juli
Kriegsminister und stellvertretender Ministerpräsident General Kondolis sowie Landwirtschaftsminister Theotokis haben überraschend ihren Rücktritt erklärt.
Nach dem Rücktritt der Minister Kondolis und Theotokis forderte Ministerpräsident Tsaldaris im Ministerrat, in dem es in der Frage der Staatsform zu Meinungsverschiedenheiten gekommen war, die übrigen Minister auf ihren Rücktritt einzureichen. Wie es heißt, sollen Kondolis und Theotokis die Befreiung der republikanischen Ämter Kabinettsmitglieder gefordert haben. Tsaldaris wird im Laufe des Tages vom Staatspräsidenten Palamas empfangen und mit der Kabinettsneubildung betraut werden.
Die Reise des Ministerpräsidenten Tsaldaris nach Deutschland wird infolge der Ministerkrise verschoben.

Gegen Lavals Notverordnungen

Beamtdemonstrationen trotz des Verbotes angekündigt
Telegramm unres Korrespondenten

H. Paris, 19. Juli

Trotz dem Demonstrierungsverbot der Regierung haben die Beamtenvereinigungen ihre für heute nachmittag angelegte Protestkundgebung auf dem Opernplatz in Paris angekündigt. In einem klammernden Aufruf an das französische Volk luden die Kommunisten und die marxistischen Sozialdemokraten heute die Führung im Kampf gegen die „Hungerverordnungen“ der Regierung Laval an sich zu ziehen. Unter Führung mehrerer Abgeordneter der beiden Parteien hat gestern eine Delegation der Beamtenvereinigungen beim Ministerpräsidenten Laval (Kagelstreifen) vorgesprochen. Die Beamten hätten dabei erklärt, daß sie keine Bürger „zweiter Klasse“ seien. Sie müßten daher fordern, daß ihnen die Freiheit zu Protestkundgebungen auf der Straße gelassen werde. Die seien keine Vandalen und Brandstifter, wie die Demagogen vom 7. Februar 1934 es gewesen seien.

Laval hat demgegenüber nur darauf aufmerksam gemacht, daß jede Straßenkundgebung verboten sei und verboten bleibe, daß sich jeder demagogische Beamte den schwersten Disziplinarstrafen aussetze. Das Innenministerium hat dazu eine Erklärung erlassen, daß jeder Demonstrationserfolg der Beamtenvereinigungen, so wie er heute auf dem Opernplatz in Paris angekündigt ist, mit allen staatlichen Mitteln unterdrückt werden würde. Jeder Beamte, der dabei verhaftet werden sollte, würde sofort aus seinem Dienst entlassen. Inzwischen haben die Gewerkschaften der Volksschlichter und der Postbeamten sich mit besonderer Schärfe gegen die Notverordnungen erhoben. Beide Gewerkschaften fordern Straßenkundgebungen wie auch einen Proteststreik. Die Eisenbahnergewerkschaften haben jedoch einen Proteststreik abgelehnt. Alles in allem glaubt man heute, daß die Demonstrationen über die Notverordnungen nicht über ein gewisses Maß hinausgehen würden, aber, wie das „Journal“ erklärt, „die Grenzen der Vernunft nicht überschreiten“.

Völkerrundrat am 29. Juli?

Das Telegramm Avenols

× Genf, 19. Juli. In Völkerrundratkreisen verläutelt weiterhin, daß der Generalsekretär des Völkerrundrates, Avenol, den Mitgliedern des Völkerrundrates ein Telegramm übermittelt, in dem er offiziell mitteilt, daß die Schlichtungs- und Verhandlungen im italienisch-abelinischen Streitfall abgelehrt seien und daß laut Avenolschluß vom 25. Mai nunmehr der Völkerrundrat zur Ernennung des fünften Schlichterpräsidenten zusammenzutreten müßte. Das Telegramm soll auch die Kurzegeug enthalten, der Rat möge an diesem Tagung am Montag, dem 29. Juli, zusammenzutreten.
In Völkerrundratkreisen besteht der Eindruck, daß falls es wirklich zu einem Zusammentritt des Rates

Ende Juli kommen sollte, die Tagung nur kurz sein wird und der Rat sich darauf beschränken würde, den fünften Schlichterpräsidenten zu ernennen, die Mitglieder des Völkerrundrates werden sich, um ernennen. Eine sachliche Kontrolle des Streitstoffes soll dabei nicht in Frage kommen, da daran im Augenblick niemand Interesse hätte, während eine rein formale Tagung, die nur der Ernennung des fünften Schlichterpräsidenten dienen würde, dem allgemeinen Wunsch nach Einmündung einer grundsätzlichen Auseinandersetzung bis zum Herbst entsprechen würde. Es herrscht hier die Meinung vor, daß man sich vor dem Schritt Avenols wohl auch des Einverständnisses der italienischen Regierung zu einem solchen Vorhaben verifiziert hat.

Italiens Stellung zum Völkerrund

Telegramm unres Korrespondenten

Rom, 19. Juli
So beruhigend die offen ausgesprochene Neutralität Italiens im italienisch-abelinischen Konflikt auf Rom gewirkt hat, so sehr beunruhigt man sich in Italien über die Besprechungen Avenols mit Laval, über die Londoner Bekanntmachung der Zusammenlegung der großen englischen Delegation für die kommende Völkerrundtagung und über die angekündigte Reise Avenols nach Paris. Es sei hier eingeschaltet, daß in Rom die Nachrichten über eine Besprechung Avenols mit Mussolini auf italienischem Boden bisher nicht bekräftigt werden. In amtlichen Kreisen wird aber erklärt, daß Italien sich gegen eine Aussprache zwischen Mussolini und Avenol nichts einzuwenden wäre. In den fast täglichen Besprechungen, die der italienische Botschafter in London Grandi mit Vertretern des Foreign Office hat, und aus den Debatten des Oberhauses und Anfragen im Unterhaus hat man in Rom den Eindruck gewonnen, daß England noch einen letzten Versuch machen will, den italienisch-abelinischen Konflikt durch den Völkerrund im friedlichen Sinne zu lösen und daß Frankreich wenigstens grundsätzlich jetzt dem gleichen Gedanken aufhimmelt.
Eben so die Andeutung einer solchen Möglichkeit aber ist dazu angetan, in Rom die lebhaftesten Beunruhigungen hervorzuverursachen. Die Turiner „Stampa“, die sich bereits in den letzten Wochen durch besondere Freimüdigkeiten gegen die englische Politik hervorgezeichnet hatte, spricht denn auch heute die italienischen Belange in aller Schärfe aus. Das Blatt erklärt, daß die Bestimmungen, die es unmittelbar nach der Rede Coorens geäußert habe, jetzt leider durch

Tatsachen bestätigt würden: England wolle Italien mit Hilfe des Völkerrundes auf seinem Weg aufhalten. Weiterhin wird es, daß England die völkerrechtlich unzulässige Haltung der „Stampa“ die außenpolitische Bohdenheit „Affari Esteri“ dem Völkerrundhandpunkt sehr viel weiter entgegenkommen.
Die „Affari Esteri“ erklären, daß Italien dem Genfer Institut vornehmlich deswegen mit dem größten Mißtrauen begegne, weil der Völkerrund heute ausschließlich ein Machtinstrument in den Händen Englands und Frankreichs sei. Italien sei im Sekretariat des Völkerrundes nicht so gut vertreten wie diese beiden Staaten. Wenn Italien die Gewißheit hätte, daß Genf die italienischen Wünsche ebenso befriedige wie die Englands- und Frankreichs, dann wäre es Rom gänzlich gleichgültig, ob die abessinische Frage im Völkerrund oder unmittelbar zwischen London, Paris und Rom besprochen werde. Die „Affari Esteri“ fügen hinzu, man möge viele italienische Auffassungen vom Völkerrund „positiv“ nennen, sie sei aber wenigstens ehrlich. Als Ziel für Verhandlungen über die abessinische Frage geben auch die „Affari Esteri“ an: 1. Sicherheit: das heißt absolute Kontrolle Italiens über die militärischen Kräfte seines afrikanischen Reiches; 2. Ausbeutung: das heißt volle Freiheit für Italien, in Abessinien seine kolonialistische und imperialistische Mission zu erfüllen, wie England und Frankreich es anderswo erfüllt haben. Die „Affari Esteri“ erinnern schließlich daran, daß Mussolini schon vor geraumer Zeit eine Revision des Völkerrundstatuts vorgezogen habe, verknüpfen also die abessinische Frage mit der Genfer Revisionsfrage.

Die III. Internationale

In diesen Tagen beginnt in Moskau eine Tagung der III. Internationale, der „Komintern“. Es ist die siebente seit der Gründung dieser Institution des Weltkommunismus im Jahre 1919. Von Moskau ist allerdings bisher noch nichts über dieses nach der Auffassung der Sowjets sicherlich „epochale“ Ereignis der Weltöffentlichkeit mitgeteilt worden. Vor einigen Tagen hat jedoch die offizielle französische Nachrichtenagentur Havas gemeldet, daß bereits eine Reihe von Telegrammen am Tagungsort eingetroffen sei, unter ihnen auch der Führer der französischen Kommunisten, Marcel Cachin. Der Tatbestand ist also ziemlich eindeutig. Trotzdem verweigert man die Tagung der Internationale: im Herbst vorigen Jahres in sie (sogar abgelehnt worden. Tarnals, im September, war die Sowjetregierung gerade um ihre Annahme in den Völkerrund bemüht, für die Partisanen zu eifrig die Wege bereiten half. Moskau spielte damals vor der Welt den Darmlosen und tat so, als ob der Bolschewismus noch nie etwas mit weltrevolutionären Plänen zu tun gehabt hätte, und daß er nur noch darauf inne, sich an der „Zerberung des Reiches“ nach französischem Vorbild und französischer Methoden zu beteiligen. Eine Tagung der III. Internationale hätte ausserordentlich schlecht zu diesen Absichten gepaßt.

Nach dem Völkerrundbeschluss folgten die Völkerrundrat mit Frankreich und der Tschechoslowakei. In Moskau feierte man mit den Herren Laval und Beneß Verhandlungserfolge. Man schüttelte sich brüderlich die Hände, und Stalin und Winston Churchill verbrachten, daß sie den Sektionen der kommunistischen Partei in den Ländern ihrer Bundesgenossen befehlen wollten, nicht nur jede weltrevolutionäre Propaganda einzustellen, sondern „positiv“ an den staatlichen Aufgaben mitzuarbeiten. Wir haben den Eindruck, daß es Leute gegeben hat, die diesen Versicherungen Glauben schenken und alle Gefahren für die kapitalistische und abendländische Welt nunmehr gebannt meinten, wie es seit der Begründung der bolschewistischen Macht immer wieder Leute gegeben hat, die auf die Zusicherungen der Sowjets hereinfielen.

Jetzt ist die kommunistische Internationale, die in ganz besonderer Weise die Vertiefung des weltrevolutionären Gedankens darstellt, nun dort, wenn auch mit betrüblicher Verwirrung, in Moskau zusammengetreten. Will man vielleicht jetzt sämtlichen Sektionen, nicht nur denen in Frankreich und der Tschechoslowakei, die neue Religion der Versöhnung und der positiven Mitarbeit predigen? Oder ist man jetzt in Moskau, nachdem man den Aufnahmewein für Genf und die Bündnisverträge in der Tasche hat, zu der Auffassung gelangt, übertröbe Vorlicht ist nicht mehr vorhanden? Wir finden, daß die Sowjetregierung kaum so leichtgläubig sein würde, wenn es sich in der Tat um eine Versöhnungsaktion handelte. Davon würde man vielmehr so laut und deutlich sprechen, daß es niemand in der Welt überhören könnte. Auf Propaganda haben sich die Bolschewiken von jeher gut verstanden, ebenso gut darauf, ihre wahren Absichten zu tarnen. Das es auch heute noch in den hintergründigen Lagern der verschiedenen Staaten Vertrauenslosigkeit genug gibt, hat die außenpolitische Entwicklung des letzten Jahres und tat aus das Beispiel, das den Moskauer Verhandlungserfolgen folgte. Denn die Dummen werden nie alle.

Die Einberufung der Komintern zeigt mit ergebnisloser Klarheit, wie die Dinge in Wahrheit liegen. Ob man den Völkerrund als „Internationale der kapitalistischen Bourgeoisie“ schmätzt oder ob man tief gerührt in seine Arme eilt, ob man die großen Rüstungen in der Welt als Vorbereitungen zum Endkampf des Kapitalismus gegen den Kommunismus kennzeichnet oder ob man mit dem am härtesten gerichteten Scharf sin Bündnis abspricht, ob man die Sektionen der Internationale auf Zurückhaltung oder erhöhte Aktivität drückt: das alles ist nur taktisches Spiel. Ob der Kommunismus die Wände reißt oder mit der Friedensapokalypse wehelt, wird allein von den jeweiligen Bedürfnissen der inneren und äußeren Lage der Sowjetunion bestimmt.

Das letzte Defizit der amtlichen Komintern-Zeitschrift enthält einen Kaffee, der sich mit dem Beschluß des Zentralkomitees der kommunistischen Partei Englands über die Vorbereitung zum 7. Kongress der Komintern beschäftigt. In diesem Kaffee steht es: „Wir treten ein in die Epoche der offenen Revolutionenkämpfe. Die zentrale Parole dieser Epoche ist die Parole der Sowjetmacht. Die zentrale taktische Aufgabe ist die Vorbereitung der bevorstehenden Revolutionenkämpfe, ist die Organisierung der Einheitsfront.“ Aber weiß Gott nicht der Einheitsfront mit dem kapitalistischen Bürgerkrieg! Am 10. Juli wurde an der lettisch-sowjet-